

Bosse demonstrieren in der Brauerei

Kundgebung. Selbständige forderten Bürokratie-Abbau und Gesetzesreformen.

FLENSBURG. Einen Tag nach den 1. Mai-Feiern der Arbeitnehmer verschafften sich auch die »kleineren Bosse« Gehör. Im Hof der »Flensburger Brauerei« trafen sie sich gestern zum »Tag für Mittelstand und Arbeit«, den der Arbeitgeberverband Flensburg-Schleswig-Eckernförde zum zweiten Mal organisiert hatte.

Und dabei gab es durchaus punktuelle Übereinstimmungen mit den Lösungen des Vortages. So sprach sich der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes, Dr. Fabian Geyer, vor den rund 60 Kundgebungsteilnehmern gegen eine »Flucht aus den Tarifverträgen« aus. Und der Bundesvorsitzende der Wirtschaftsjunioren Deutschland, Stefan Kirschsieper, wettete gegen einzelne »Sausäcke« von Arbeitgebern, die beschämende Niedriglöhne zahlen.

Doch schon beim Thema Leiharbeit gab es deutliche Unterschiede zu den 1.-Mai-Parolen. Die immer weiter zunehmende Leiharbeit führte der Bundesvorsitzende der Wirtschaftsjunioren auf das bestehende Kündigungsschutzrecht zurück. Und der Geschäftsführer des regionalen Arbeitgeberverbandes beklagte die bestehenden Abfindungsregelungen.

Und auch bei der Themen-Auswahl setzten die Unternehmer deutlich andere Schwerpunkte als die Arbeitnehmer-Vertreter am Vortage: Im Mittel-



FOTO: MARTINA METZGER

Politik bei Bier und Selters: im Hof der Brauerei verkündeten die Mittelstands-Vertreter, hier der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Fabian Geyer, ihre Forderungen.

punkt standen der Bürokratie-Abbau und eine bessere Abstimmung zwischen Politik und Mittelstand.

Garg als Gastredner

Deswegen hatten die Unternehmer auch den Kieler Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Heiner Garg (FDP), als Gastredner eingeladen. Er sprach sich neben deutlichen Vereinfachungen beim nur noch »Kopfschütteln verursachenden Steuerrecht« auch für ein Schulsystem aus, in dem »Anstrengung nicht verpönt ist«. Außerdem lobte er die »Mittelstandsagenda«, die Unternehmer aus Flensburg und Umgebung nach dem ersten »Tag für Mittelstand und Arbeit« ausgearbeitet hatten.

Darin wird vor allem ein »Gesetzes-

TÜV« gefordert. Er soll sicher stellen, dass nur noch praxistaugliche Paragraphen Eingang in die Gesetzgebung finden. Zu den weiteren Forderungen der »Mittelstands-Agenda« gehören Reformen des Betriebsverfassungsgesetzes und des Kündigungsrechtes sowie eine engere Abstimmung zwischen Politik und Mittelstand.

Uwe Sprenger
us@fla.de